

51. Sitzung vom 28. August 2019 Seite 1

(Beginn: 14.47 Uhr - Ende: 15.54 Uhr)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Guten Tag, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 51. Sitzung des Rates in der laufenden Wahlperiode und begrüße zunächst unsere Gäste sowie die Kolleginnen und Kollegen auf der Zuschauertribüne, alle Zuschauerinnen und Zuschauer im Internet, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die anwesenden Bezirksbürgermeister und natürlich Sie, liebe Mitglieder des Rates.

Außerdem begrüße ich sehr herzlich unser neues Ratsmitglied, Frau Schlömer.

(Beifall)

Ich möchte Frau Schlömer gleich verpflichten. Sie wurde als Nachfolgerin für Frau Bercher-Hiss gemäß § 45 des Kommunalwalgesetzes festgestellt und hat die Nachfolge angenommen.

Frau Schlömer, ich bitte Sie nun, zu mir nach vorne zu kommen, und alle Anwesenden, sich von ihren Plätzen zu erheben; bitte auch die Gäste auf der Zuschauertribüne, die Vertreter der Medien und alle anderen Anwesenden.

(Ursula Schlömer [Bündnis 90/Die Grünen] begibt sich zu Oberbürgermeisterin Henriette Reker - Die Anwesenden erheben sich)

Frau Schlömer, im Sinne des § 5 Abs. 1 unserer Hauptsatzung verpflichte ich Sie, Ihre Aufgabe als Mitglied des Rates der Stadt Köln nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen und die Gesetze zu beachten und Ihre Pflichten zum Wohle der Stadt Köln zu erfüllen. - Herzlichen Glückwunsch!

(Ursula Schlömer [Bündnis 90/Die Grünen]: Danke schön! - Beifall - Ursula Schlömer [Bündnis 90/Die Grünen] nimmt von Ratsmitgliedern der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Glückwünsche und einen Blumenstrauß entgegen)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, nach den mir vorliegenden Meldungen sind heute entschuldigt: Herr Bürgermeister Bartsch, Frau Dresler-Graf, Herr Görzel, Herr Kara, Herr Petelkau, Herr Sterck, Frau Schultes, Frau Welcker und Frau von Wengersky.

Als Stimmzählerinnen benenne ich Frau Roß-Belkner, Frau Thelen und Frau Tokyürek.

Bevor wir mit den Beratungen beginnen, müssen wir die heutige Tagesordnung festlegen. Der Entwurf liegt Ihnen ja vor.

Zur Einbringung des Entwurfs der Haushaltssatzung für 2020/2021 werde zunächst ich sprechen, bevor dann Frau Professor Dr. Diemert als Kämmerin das Wort hat.

Wie üblich werden wir, Ihr Einverständnis vorausgesetzt, die Rednerliste zu diesen Tagesordnungspunkten dann schließen und die Vorlagen zur weiteren Beratung in die Bezirksvertretungen, den Jugendhilfeausschuss, den Integrationsrat und den Finanzausschuss verweisen.

Danach werden wir die übrigen Tagesordnungspunkte behandeln. Die nachträglichen Zusetzungen sind gesondert gekennzeichnet. Die Änderungsanträge finden Sie bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten aufgeführt.

Bei der Sitzung des Rates zur Einbringung des Haushalts werden grundsätzlich keine weiteren Verwaltungsvorlagen eingebracht. Zur Vermeidung von zwei Dringlichkeitsentscheidungen schlägt die Verwaltung jedoch die Zusetzung folgender Punkte vor: TOP 3.2 und TOP 3.3.

Nun komme ich zu den Dringlichkeitsanträgen. Die SPD-Fraktion hat am 27. August 2019 einen Antrag zum Thema „Aufsichtsrat KVB AG“ gestellt. Das ist TOP 5.1 im nichtöffentlichen Teil.

Gibt es Wortmeldungen gegen die Dringlichkeit dieses Antrags? - Herr Hammer.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Über den Antragsinhalt kann man jetzt nichts sagen, weil der Antrag im nichtöffentlichen Teil steht. Wir würden gleich auch gerne noch beantragen, diesen Antrag in den öffentlichen Teil zu schieben, weil die Beschlüsse, die dort gefasst werden sollen, durchaus für eine breitere Öffentlichkeit interessant sein könnten.

Wir sehen die Dringlichkeit vor allem aus folgendem Grund nicht gegeben: Man bezieht sich dort auf die nächste Aufsichtsratssitzung der KVB, die nach dieser Ratssitzung, aber vor der nächsten Ratssitzung terminiert ist. Aus Sicht der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen besteht allerdings in dieser Sache keinerlei Handlungsbedarf, sodass wir hier die Dringlichkeit auch nicht anerkennen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der Ratsgruppe GUT)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Joisten.

Christian Joisten (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich spreche für die Dringlichkeit. Selbstverständlich besteht Handlungsbedarf, weil der Aufsichtsrat am 12. September 2019 einen neuen Aufsichtsratsvorsitzenden wählen muss. Das ist auch zwingend. Eine weitere Vertagung ist nicht möglich.

Insofern ist eine Entscheidung nur heute möglich. Nach dem 12. September 2019 ist dies nicht mehr möglich. Deswegen brauchen wir heute eine Entscheidung des Rates in dieser Frage. - Vielen Dank.

(Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Zimmermann hat das Wort.

Thor-Geir Zimmermann (Ratsgruppe GUT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Ich möchte mich ebenfalls gegen die Dringlichkeit aussprechen. Ich werde auch nicht zum Inhalt Stellung nehmen. Aber das ist vollkommen unmöglich. Ich bin - genauso dürfte es auch anderen hier gehen - erst vor Kurzem aus dem Urlaub zurückgekehrt. Die antragstellende Fraktion hat sich vielleicht schon länger mit diesem Antrag befasst, oder möglicherweise auch andere Parteien. Es geht aber nicht, etwas von solcher Tragweite, was erst gestern eingereicht wurde, heute zu beschließen.

Ich halte es für absolut unangemessen, einen solchen Beschluss in dieser Zeit ohne jegliche Vorbereitung zu treffen. Deswegen spreche ich mich gegen die Dringlichkeit aus.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Breite.

Ulrich Breite (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren!

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Es gibt einen Antrag zur Geschäftsordnung von Herrn Detjen.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin, bei Dringlichkeit gilt: einer dafür, einer dagegen, und dann wird abgestimmt.

Ulrich Breite (FDP): Nein. Das kann ja auch gar nicht mehr sein. Es war doch schon gesprochen worden.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Breite hat das Wort.

Ulrich Breite (FDP): Das kann ja nicht sein, weil es nicht logisch ist. Man kann doch über keinen Geschäftsordnungsantrag, der unlogisch ist, abstimmen lassen. Schließlich haben schon Ratsmitglieder gesprochen.

Auch meine Fraktion lehnt die Dringlichkeit ab. Ich beziehe mich auf den Beschluss vom 14. Februar 2019 zu diesem Thema. Antragsteller waren damals die CDU, die Grünen und die FDP. Die haben zu dem Thema schon etwas beschlossen. Diese Beschlusslage gilt weiterhin.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Die CDU hat damals, muss ich sagen, mit den Grünen und der FDP einen sehr guten Antrag hier beschlossen. Darauf verweisen wir. Darum halten wir die Dringlichkeit auch nicht für gegeben. - Danke schön.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich lasse jetzt über die Dringlichkeit dieses Antrags abstimmen und werde mich selbst bei der Abstimmung enthalten. Wer gegen die heutige Behandlung stimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die Ratsgruppe GUT, die FDP-Fraktion, Herr Wortmann und die AfD. Gibt es Gegenstimmen? Wer stimmt also für die Dringlichkeit? - Die SPD-Fraktion, die CDU-Fraktion, DIE LINKE und Frau Gerlach. Das ist die Mehrheit. Wir werden diesen Antrag also heute behandeln. Er ist damit in die Tagesordnung aufgenommen.

51. Sitzung vom 28. August 2019 Seite 3

Dann frage ich abschließend: Gibt es weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung? - Herr Kienitz.

Niklas Kienitz (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich beantrage, den Antrag unter Tagesordnungspunkt 2.1.1 in die nächste reguläre Sitzung des Rates zu vertagen, und ich beantrage, den Antrag unter Tagesordnungspunkt 2.1.2 in die Haushaltsplanberatungen zu verschieben.

Noch kurz zur Begründung: Der Antrag unter Tagesordnungspunkt 2.1.1 befasst sich ja mit dem Thema des Odysseums. Ich glaube, in der Sommerpause sind dazu leider nicht so tief greifende Gespräche geführt worden, dass wir heute darüber diskutieren könnten. Auch unsere Fraktion führt dazu gerade noch Gespräche. Insofern haben wir hier weiteren Beratungsbedarf. Deswegen beantragen wir die Vertagung.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Philippi.

Franz Philippi (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann im Kern das wiederholen, was ich am 9. Juli 2019 hier schon gesagt habe, als die Dringlichkeit dieses Antrags abgelehnt wurde.

Wir alle wissen - das ist auch nachhaltig belegt -, dass die Stiftung Wissen der Sparkasse das Odysseum nicht mehr halten kann. Es besteht nach wie vor die Gefahr, dass dieses Objekt zeitnah an einen privaten Investor verkauft wird. Das wollen wir nicht. Herr Wortmann, genau das schlagen Sie auch in Ihrem Änderungsantrag vor, den wir natürlich ablehnen.

Wir brauchen aus unserer Sicht nach wie vor ein ganz klares Signal dieses Rates der Stadt Köln für das Odysseum als MINT-Standort genau dort, wo es jetzt ist, in Kalk. Deshalb bitte ich Sie, diesen Antrag auf der Tagesordnung zu lassen, damit wir dieses Thema hier diskutieren können.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN - Zurufe von der CDU: Es geht um die Dringlichkeit! - Das falsche Signal!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich möchte erst über die Vertagung von Tagesordnungspunkt 2.1.1 und die Verweisung von Ta-

gesordnungspunkt 2.1.2 abstimmen lassen, bevor wir zu weiteren Änderungsvorschlägen zur Tagesordnung kommen; sonst kommen wir durcheinander.

Wer der Vertagung von Tagesordnungspunkt 2.1.1 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Grünen, die CDU-Fraktion und die FDP. Wer stimmt dagegen? - Das sind die SPD-Fraktion, Frau Gerlach, DIE LINKE und Herr Wortmann. Enthaltungen? - Von der Ratsgruppe GUT und der AfD. Damit ist das vertagt.

Dann lasse ich über die Verweisung von Tagesordnungspunkt 2.1.2 in die Haushaltsberatungen abstimmen. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, die Grünen, die CDU-Fraktion, die LINKEN, die FDP-Fraktion, Herr Wortmann, die Ratsgruppe GUT und Frau Gerlach. Enthaltungen? - Der AfD-Fraktion. Damit ist auch das so beschlossen.

Jetzt hat Herr Zimmermann das Wort. Wir sind noch bei Änderungsvorschlägen für die Tagesordnung.

Thor-Geir Zimmermann (Ratsgruppe GUT): Frau Oberbürgermeisterin, da ich jetzt nicht genau weiß oder registriert habe, ob der Antrag von Herrn Hammer aufgenommen wurde, den Antrag unter Tagesordnungspunkt 5.1 in den öffentlichen Teil zu verschieben, würde ich das gegebenenfalls dann auch noch einmal beantragen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Diesen Antrag hat er noch gar nicht gestellt. Er hat ihn angekündigt, aber noch nicht formal gestellt; sagen wir einmal so. Er hatte sich aber schon gemeldet.

Thor-Geir Zimmermann (Ratsgruppe GUT): Okay.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann gebe ich erst Herrn Hammer das Wort.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hatte es angekündigt: Wir beantragen, diesen Antrag auch in die öffentliche Sitzung zu stellen.

Der Ratsantrag, auf den sich dieser Antrag bezieht, wurde damals auch im öffentlichen Teil - -

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Ist doch nicht wahr! Ist doch gelogen! - Weitere Zurufe von der LINKEN)

- Darf ich noch kurz ausreden, oder wollt ihr direkt lospöbeln? - Er wurde damals auch im öffentlichen Teil gestellt. Dann wurde er aus formalen Gründen in den nichtöffentlichen Teil geschoben.

Wir halten es für geboten, dass auch dieser Antrag - - Es macht es bisschen schwer, das Ganze zu begründen, wenn man aus diesem Antrag nichts vorlesen darf, weil wir ja im öffentlichen Teil sind. Wir halten es trotzdem für dringend geboten, dass diese Dinge, die sich auf den KVB-Aufsichtsrat beziehen - so weit darf ich es sagen; um eine Weisung handelt es sich auch; das steht im Titel und auch im Antragstext -, hier auch in aller Öffentlichkeit diskutiert und debattiert werden können, damit wir die möglichen Verwicklungen etc., die da entstehen könnten, hier auch auf breiter Bühne debattieren und nicht versuchen, das Ganze im nichtöffentlichen Teil dann noch irgendwie anders zu lösen. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und von Ulrich Breite [FDP])

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Zimmermann, wollen Sie noch einmal? - Nein. Aber Herr Joisten bittet noch einmal um das Wort.

Christian Joisten (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Auch dazu die Gegenrede: Der Rat hat in der letzten Sitzung zu diesem Thema am 14. Februar 2019 sehr weise und sehr richtig mit Mehrheit entschieden, dieses Thema in den nichtöffentlichen Teil zu schieben. Genau dahin gehört es auch, und genau da sollte auch heute wiederum dieser Themenkomplex KVB-Aufsichtsrat mit personenbezogenen Daten besprochen und diskutiert und anschließend entschieden werden.

Insofern bleiben wir dabei, im nichtöffentlichen Teil über diesen Antrag zu beraten und abzustimmen. - Danke.

(Ulrike Kessing [Bündnis 90/Die Grünen]: Es wird ohnehin morgen in der Zeitung stehen!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, gemäß § 2 Abs. 4 Punkt i Ihrer Geschäftsordnung sollen Mitteilungen gemäß § 113 GO - das betrifft die Organe kommunaler Gesellschaften - im nichtöffentlichen Teil behandelt werden. Über Ausnahmen kann der Rat mit der Mehrheit der Stimmen der Ratsmitglieder entscheiden. Ich werde deswegen in diesem Fall darüber abstimmen lassen.

Wer der Behandlung im öffentlichen Teil zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die Ratsgruppe GUT, die AfD, Herr Wortmann und die FDP-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall.

Ich stimme hier auch dafür, diesen Antrag im nichtöffentlichen Teil zu behandeln - nur weil Sie beim letzten Mal gesagt haben, Herr Joisten, ich solle häufiger mein Stimmverhalten klarmachen.

(Christian Joisten [SPD]: Ja, da freue ich mich sehr!)

Damit wird dieser Antrag im nichtöffentlichen Teil behandelt.

Nun frage ich nach weiteren Änderungsvorschlägen für die Tagesordnung. - Ich sehe keine.

Dann lasse ich über die Tagesordnung in der soeben geänderten Form abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist die so geänderte Tagesordnung beschlossen.

Ich rufe auf:

1 Einbringung Haushaltsplanentwurf 2020/2021

Tagesordnungspunkt

1.1 Einbringung des Entwurfs der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2020/2021 2740/2019

Ich bitte Frau Bürgermeisterin Scho-Antwerpes, die Sitzungsleitung zu übernehmen.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Bitte sehr, Frau Oberbürgermeisterin. Sie haben das Wort.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Danke sehr, Frau Bürgermeisterin. - Sehr geehrte Mit-

51. Sitzung vom 28. August 2019 Seite 5

glieder des Rates der Stadt Köln und der Bezirksvertretungen! Liebe Kolleginnen und Kollegen Beigeordnete! Sehr geehrte Gäste auf der Tribüne und Zuschauerinnen und Zuschauer des Livestreams! Sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Medien! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Heute legt die Verwaltung dem Rat den Plan für den Doppelhaushalt 2020/2021 vor. Mit ihm geben wir der Stadt Köln Planungssicherheit über die Kommunalwahlen im kommenden Jahr hinaus - losgelöst von Wahlkampf, Wahlergebnissen und möglichen Kooperationsverhandlungen.

An dieser Stelle möchte ich mich bei allen Kolleginnen und Kollegen der Stadtverwaltung bedanken, die sich an der Aufstellung des Haushalts beteiligt haben und damit diesen frühen Zeitpunkt der Einbringung überhaupt erst ermöglichen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der FDP sowie bei Teilen der CDU)

Das sage ich natürlich insbesondere in Richtung unserer Kämmerei. Mein großer Dank geht an die gesamte Verwaltung für das strenge Maßhalten und die gewissenhafte Prüfung von städtischen Ausgaben, aber besonders an unsere Kämmerin, Frau Professor Dr. Diemert, die genau daran immer wieder erinnert hat.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der FDP sowie bei Teilen der CDU)

Meine Damen und Herren, wir bewegen uns mit dem Haushalt stets in einem Spannungsverhältnis zwischen Investitionen in die Zukunft, hohen Pflichtaufwendungen und der Notwendigkeit zu einer disziplinierten Ausgabenpolitik. Mit einem Großteil des Haushalts bedienen wir, wie Sie wissen, Kosten, die zu decken sind, ob wir wollen oder nicht. Gleichzeitig müssen wir an unserem Ziel eines konsolidierten Haushalts festhalten, wenn wir als Kommune weiterhin handlungsfähig sein und eigenverantwortlich, nachhaltig und generationengerecht arbeiten möchten.

Wir planen den Haushaltsausgleich bereits für 2022 statt für 2023. Darauf werde ich gleich noch einmal zu sprechen kommen. Eines möchte ich aber bereits jetzt festhalten:

Obwohl wir den konsolidierten Haushalt anstreben, gelingt es der Stadtverwaltung mit dem vorliegenden Haushaltsplanentwurf, die großen Zukunftsthemen entschlossen anzugehen und un-

sere Vision von einer lebenswerten, weltoffenen, sozial- und klimagerechten Metropole zu verwirklichen.

Mit dem vorliegenden Doppelhaushalt treiben wir folgende Themen voran: erstens eine familienfreundliche Stadt mit Bildungschancen für alle, zweitens das Megathema „Klimaschutz und Klimaanpassung“, drittens die Mobilitätswende, viertens bezahlbares Wohnen und fünftens das Thema „solide Wirtschaft, attraktiver Standort“.

Meine Damen und Herren, zunächst einmal komme ich zum Thema „familienfreundliche Stadt mit guten Bildungschancen für alle“. Ich habe erstklassige Nachrichten für Sie: Wir steigern die Ausgaben für Bildung. In den kommenden beiden Haushaltsjahren wird es eine massive Ausgabensteigerung geben. Allein für Schulträgeraufgaben und Kindertagesbetreuung erhöhen wir unsere Ausgaben von rund 966 Millionen Euro in diesem Jahr auf über 1 Milliarde Euro in 2020.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der FDP sowie bei Teilen der CDU)

2021 geben wir dann rund 21 Prozent des städtischen Gesamthaushaltes für diesen Bereich aus. Hinzu kommt noch die außerschulische Bildung wie die Volkshochschule, die wir mit knapp 23 Millionen Euro jährlich bezuschussen, und viele weitere Bildungsangebote, zum Beispiel in städtischen Kinder- und Jugendeinrichtungen sowie unseren Bürgerzentren.

Und das ist noch nicht alles: Beim Thema Schulbau - Stichwort „Schulbauprogramm“ - legen wir noch einmal nach. Ab kommendem Jahr werden wir bei 61 Großbauprojekten in die Bauphase starten und pro Jahr rund 300 Millionen Euro investieren. Zum Vergleich: In diesem Jahr beliefen sich die Investitionen im Schulbereich auf 176,3 Millionen Euro.

Auch den offenen Ganztags wollen wir erweitern - auf 33 000 Plätze im Schuljahr 2021/2022. Dafür steigern wir die Ausgaben auf knapp 90 Millionen Euro jährlich.

Da wir erfreulicherweise mit mehr Kindern in Köln rechnen, bauen wir die Stadt natürlich auch kindgerecht aus. Bis 2024 wollen wir 26 Millionen Euro in den Bau neuer Spielplätze investieren und setzen unser Engagement für das neu eröffnete kooperative Kinder- und Jugendbüro am Alter Markt fort.

51. Sitzung vom 28. August 2019 Seite 6

Ich glaube, meine Damen und Herren, dass dadurch eines deutlich wird: Bildung und Familiengerechtigkeit haben für uns hohe Priorität.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der FDP sowie bei Teilen der CDU)

Wenn wir die Kinder- und Jugendhilfe, die Bildung und die weiteren Investitionen in eine familienfreundliche Stadt zusammennehmen, wenden wir für keinen anderen Bereich im Haushalt mehr Geld auf.

Wenn wir über Familien und Kinder sprechen, reden wir natürlich über zukünftige Generationen, denen wir eine intakte und lebenswerte Stadt hinterlassen wollen.

Das führt mich zum zweiten Thema: Klimaschutz und Klimaanpassung. Ich bezeichne das bewusst als Megathema, weil sich Klimaschutz und Klimaanpassung durch den gesamten Haushalt ziehen. Dank des von uns beschlossenen Klimanotstands wird die Frage der Klimaverträglichkeit künftig noch viel stärker ins Zentrum des Verwaltungshandelns rücken, und zwar bei sämtlichen Entscheidungen der Stadt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der Ratsgruppe GUT)

Das bedeutet, dass sich die Kosten hierfür nicht auf eine Summe im Haushalt reduzieren lassen. Klimaschutz betrifft unser gesamtes Handeln. Deshalb sind Klimaschutz und Klimaanpassung die Summe von vielen einzelnen Maßnahmen über alle Dezernate hinweg. Um Klimaneutralität vor 2050 zu erreichen, sind vielfältige und deutliche Transformationen in den Bereichen Energie, Mobilität und Ernährung erforderlich.

Das in diesem Jahr beschlossene Handlungsprogramm KölnKlimaAktiv 2022 bündelt Maßnahmen in Handlungsfeldern wie Stadtentwicklung, energetische Sanierung, Stromeinsparung, Photovoltaik und Mobilität. Zusätzlich investieren wir in eine SmartCity Cologne und forschen an intelligenten Lösungen für urbane Herausforderungen.

Ich möchte nur beispielhaft Projekte wie das Projekt OptiWohn nennen, mit dem wir lernen, Bestandsflächen und künftige Bauflächen noch effizienter zu nutzen. Oder nehmen Sie das Forschungsprojekt VertiKKA, mit dem wir an einer vertikalen Klima-Kläranlage arbeiten.

Ein ganz zentrales Thema ist zudem die Mobilität. Denn der von fossilen Energieträgern ab-

hängige Verkehr macht rund ein Viertel der Gesamtemissionen in Köln aus.

Klimaschutz und Mobilitätswende bedingen einander. Eine der wichtigsten Verkehrsregeln in Köln lautet künftig: Klima hat Vorfahrt!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der Ratsgruppe GUT)

Meine Damen und Herren, wir haben miteinander den Klimanotstand beschlossen. Das nehmen wir als Verwaltung auch ernst. Wir forcieren die Mobilitätswende - mit zwei Schwerpunkten: dem Umbau zu einer fahrradfreundlichen Stadt und dem Ausbau des ÖPNV.

Der Radverkehr ist für Köln aus folgenden Gründen so entscheidend:

Erstens setzt die Bevölkerung bereits heute immer stärker auf das Rad. Ich rufe dabei auch in Erinnerung, dass 2018 die Zahl der Radfahrenden wieder 6 Prozent über dem Vorjahreswert lag. Diese Dynamik gilt es natürlich weiterhin zu unterstützen.

Zweitens machen wir durch mehr Rad- und weniger Autoverkehr den öffentlichen Raum insgesamt viel attraktiver.

Drittens wirken - das mag auch ein ganz wichtiger Punkt sein - die Maßnahmen für Radverkehr sehr viel schneller als der Ausbau des ÖPNV. Nur indem wir den Umstieg vom Auto auf das Rad von uns aus noch attraktiver machen, gelangen uns bei dem Klima und der Luftreinhaltung echte Fortschritte.

Der vorliegende Haushalt sieht vor, unsere Ausgaben für reine Radverkehrsmaßnahmen gegenüber 2019 um gut 45 Prozent bis 2021 zu steigern. Hinzu kommen noch Ausgaben für die Verkehrsinfrastruktur, die zu einem bedeutenden Teil dem Radverkehr zugutekommen, zum Beispiel der Rückbau von freilaufenden Rechtsabbiegern oder das Anlegen von Schutzstreifen.

Meine Damen und Herren, diese ambitionierte Planung für den Radverkehr ist das eine, die tatsächliche Umsetzung von Maßnahmen das andere. Wir müssen ohne Frage noch besser dabei werden, die Mittel auch einzusetzen. Deshalb haben wir das Dezernat VIII personell verstärkt, um sicherzustellen, dass wir die Budgets auch ausschöpfen können.

Damit werden wir zwar noch nicht zu den europäischen Vorzeigemetropolen beim Thema Rad-

51. Sitzung vom 28. August 2019 Seite 7

verkehr gehören. Aber wir treten kräftig in die Pedale, um aufzuholen.

Der zweite Teil der Verkehrswende betrifft den öffentlichen Personennahverkehr. Im Vergleich zum vergangenen Jahr wollen wir unsere Investitionen für die Infrastruktur der Stadtbahn bis 2021 auf 21 Millionen Euro verdreifachen. Damit finanzieren wir beispielsweise Großprojekte wie die 3. Baustufe der Nord-Süd-Stadtbahn oder die Verlängerung der Stadtbahn nach Rondorf/Meschenich.

Nicht zuletzt forcieren wir auch das Thema E-Mobilität. Unsere Stadtwerke stecken zwischen 2019 und 2023 rund 257 Millionen Euro in verschiedenste Projekte der Mobilitätswende, darunter die Anschaffung von Elektrobussen und Ladesäulen durch die KVB.

Und nicht nur das: Als Konzern arbeiten wir weiter intensiv an neuen, ökologischen Technologien, beispielsweise der Verwertung und Energiegewinnung in Klärschlammanlagen - übrigens ein gutes Beispiel für eine gelungene Zusammenarbeit in der Region.

Sie sehen, meine Damen und Herren: Im Konzern Stadt machen wir in Sachen klimagerechter Mobilität Nägel mit Köpfen und bringen die Klima- und Mobilitätswende wirklich voran.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der Ratsgruppe GUT sowie bei Teilen der CDU)

Ein weiteres besonders drängendes Thema ist in Köln „bezahlbares Wohnen“. Ich glaube, das wissen wir alle. Die Voraussetzungen für bezahlbares Wohnen schaffen wir durch ein vielfältiges Maßnahmenpaket.

Lassen Sie mich aber mit der wichtigsten Erkenntnis beginnen: Natürlich ist Bauen das beste Mittel gegen steigende Mieten und Wohnungsknappheit.

Gemeinsam mit der Immobilienwirtschaft haben wir vereinbart, 6 000 Wohnungen pro Jahr, davon 1 000 öffentlich gefördert, zu bauen. Das geht natürlich nur schrittweise. Im letzten Jahr sind bereits 4 000 neue Wohnungen gebaut und knapp 1 000 öffentlich geförderte Wohnungen genehmigt worden. In diesem Jahr werden wir unser Ziel mit über 1 400 geförderten Wohnungen sogar übertreffen. Wir haben damit eine Trendwende geschafft. Aber wir werden uns ganz sicher noch steigern und auch steigern müssen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Teilen der CDU)

Die Voraussetzungen dafür, dass das gelingt, sind gut. Wir erhalten Rückenwind vom Land Nordrhein-Westfalen, das uns für die Jahre 2019 bis 2022 Fördermittel in Höhe von 380 Millionen Euro zum flexiblen Einsatz bei gefördertem Wohnungsbau bewilligt hat.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

Meine Damen und Herren, trotz dieser Unterstützung halten wir im Doppelhaushalt an unserem kommunalen Förderprogramm von 33 Millionen Euro jährlich fest. Diese Mittel stehen als Reserve nach Abruf der Landesmittel zur Verfügung. Ich hoffe, dass die private Immobilienwirtschaft von diesen Angeboten künftig auch noch mehr Gebrauch machen wird.

Als Stadt setzen wir bereits heute wichtige Anreize, um Bauen attraktiver und auch schneller zu machen. Wir haben die Baugenehmigungsverfahren beschleunigt, Baulastakten digitalisiert und testen die elektronische Bauakte im Pilotbetrieb.

Und wir arbeiten weiter daran, Prozesse zu digitalisieren und zu verschlanken. Damit bringen wir Tempo in den Kölner Wohnungsbau.

Übrigens geht der Konzern Stadt auch hier mit gutem Beispiel voran. Für Planung von neuen Wohngebieten und Investitionen in Wohnraum nehmen unsere städtischen Beteiligungen in den kommenden beiden Jahren insgesamt mehr als 200 Millionen Euro pro Jahr in die Hand. Mit diesem Geld entstehen über 1 500 Wohnungen, hiervon rund 80 Prozent öffentlich gefördert.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Durch Flächenentwicklung ermöglicht unsere Stadtentwicklungsgesellschaft „moderne stadt“ zudem den Bau völlig neuer Quartiere, zum Beispiel des Clouth-Quartiers in Nippes, des Deutzer Hafens oder des Butzweilerhofs. Zusätzlich investiert die Stadt über 50 Millionen Euro in neue Wohnungen für Menschen mit Wohnberechtigungsschein oder Zugangsbeschränkung am Wohnungsmarkt, für Menschen ohne Obdach und für Menschen, die zu uns geflohen sind.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Teilen der CDU)

51. Sitzung vom 28. August 2019 Seite 8

Meine Damen und Herren, neue Wohnungen zu schaffen, gelingt durch Nachverdichtung, aber insbesondere natürlich durch mehr Bauland. Deshalb ist es so wichtig, unsere Flächenpotenziale für den Wohnungsbau ganz genau zu kennen. Deren Ermittlung haben wir zuletzt deutlich professionalisiert und präzisiert.

Unseren neuesten Berechnungen zufolge hat Köln ein Wohnbaupotenzial von rund 30 700 Wohneinheiten. Spitzenreiter ist der Stadtbezirk Rodenkirchen mit rund 6 800 Wohneinheiten, gefolgt von Chorweiler, Mülheim, Porz und der Innenstadt, die jeweils Potenziale um die 5 000 Wohneinheiten aufweisen.

Hier gilt es jetzt, zügig Baurecht zu schaffen, in die Umsetzung zu kommen und die Nutzungskonzepte insbesondere nach ihrem ökologischen Gehalt zu bewerten.

Darüber hinaus werden wir mittelfristig ein leistungsfähiges strategisches Flächenmanagement aufbauen, und zwar für alle Flächenbedarfe, die wir in der Stadt haben, also Wohnen, Schule, Kita, aber auch Gewerbe und Kultur. Damit können wir die statistisch ermittelten Bedarfe der Zukunft dynamisch auf den verfügbaren Flächen abbilden und auch frühzeitig steuern, etwa durch eine aktive Liegenschaftspolitik.

Diese Anstrengungen sind für bezahlbare Mieten und ausreichend Wohnraum wichtig. Denn Köln wird, wie Sie alle wissen, wachsen. Aber wir wollen nicht irgendwie wachsen. Köln wird smart wachsen. Dafür werde ich mich auch weiterhin einsetzen. Das bedeutet: kurze Wege, attraktive öffentliche Räume mit viel Stadtgrün, die aktive und kontinuierliche Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an den Planungsprozessen. So soll es für alle neuen Quartiere gelten, darunter Kreuzfeld oder die Parkstadt Süd.

Mit Großprojekten wie diesen, mit unseren Anreizen für die Immobilienwirtschaft, mit mehr Tempo in Genehmigungsverfahren und mit der kräftigen Bautätigkeit der eigenen Gesellschaft - mit diesem Paket wird es uns gelingen, bezahlbares Wohnen in Köln auch für die Zukunft zu ermöglichen.

Meine Damen und Herren, ich komme zum letzten Haushaltsthema: solide Wirtschaft, attraktiver Standort. Mein Ziel ist, Köln noch lebenswerter zu machen. Dazu gehört vieles, was ich schon benannt habe. Zu einem attraktiven Standort im engeren Sinne zählen aber auch das kulturelle Angebot, ein breites Sportangebot und eine moderne digitale Infrastruktur.

Wenn all dies gegeben ist, sind wir auch als Wirtschaftsstandort attraktiv. Das wiederum bringt Arbeitsplätze mit sich, auf die wir alle an diesem Standort angewiesen sind.

Lassen Sie mich mit der Kultur beginnen. Die Kultur wollen wir mit diesem Doppelhaushalt künftig noch besser ausstatten. Bis 2021 wollen wir die Ausgaben für Kultur und Wissenschaften um 8 Prozent steigern - von 230 Millionen Euro in diesem Jahr bis auf über 250 Millionen Euro im Jahr 2021.

(Beifall bei der CDU und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Ein wichtiger Posten ist hierbei die Kulturförderung, die wir auch mit Blick auf den neuen Kulturentwicklungsplan kräftig anheben - von gut 100 Millionen Euro im laufenden Haushaltsjahr auf fast 120 Millionen Euro in 2021. Wir investieren damit in unsere städtischen Bühnen, aber auch in die freie Kunstszene.

Die Steigerungen im Kulturetat sind wichtig. Denn die Kultur ist die Seele unserer Stadt. Sie hat die Kraft, Identität zu stiften, und sie wirkt integrativ. Das ist ein wichtiger Punkt - erst recht in den heutigen Zeiten, wo wir beobachten, wie sich Gräben zwischen Teilen unserer Gesellschaft vertiefen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen sowie bei Teilen der CDU und der LINKEN)

Integrativ wirkt auch der Sport. Ich denke dabei an die vielen Vereine, die Menschen unterschiedlicher sozialer oder kultureller Herkunft zusammenbringen. Und nicht nur das: Sport ist auch für unser aller Gesundheit unerlässlich. Daher steht für mich vollkommen außer Frage, dass wir in Sport investieren - und das mit Weitblick.

Wir haben deshalb hier den Sportentwicklungsplan beschlossen. Er gilt für die kommenden 15 Jahre und sieht bis 2021 Ausgaben in Höhe von fast 5,5 Millionen Euro vor. Hiermit werden erste Projekte aus dem Sportentwicklungsplan realisiert.

Hinzu kommen Investitionen für den Neubau und die Sanierung von Sportanlagen, die sich auf durchschnittlich 20 Millionen Euro pro Jahr belaufen.

Meine Damen und Herren, zur Standortattraktivität zählt auch eine erstklassige Gesundheitsversorgung. Wie Sie wissen, konkretisieren sich die

51. Sitzung vom 28. August 2019 Seite 9

Überlegungen für einen Klinikverbund. In Kürze werde ich Ihnen hier im Rat über die Ergebnisse der von Ihnen beauftragten Prüfung berichten.

Über allem steht natürlich die Herausforderung der Digitalisierung. Köln hat bereits heute eine der besten digitalen Infrastrukturen der gesamten Republik. Aber wir ruhen uns darauf nicht aus. Es spornt uns an, noch besser zu werden. Denn ich habe ein ganz ambitioniertes Ziel: Ich möchte Köln zur digitalen Hauptstadt Deutschlands machen.

Bis 2025 schaffen wir in Köln eine flächendeckende gigabitfähige Infrastruktur. Das besagt unser Gigabit-Masterplan. Er sieht vor, dass wir 1 500 besonders schlecht versorgte Adressen durch rund 4 000 Einzelanschlüsse zügig ans schnelle Netz anschließen.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

Im Doppelhaushalt sind dafür bereits 20 Millionen Euro vorgesehen.

All dies, meine Damen und Herren, sind gute Argumente für einen lebenswerten Standort - auch für die Unternehmen. Damit bin ich auch beim nächsten Punkt, der Wirtschaftsförderung.

Ab kommendem Jahr stehen der ausgelagerten KölnBusiness Wirtschaftsförderungs-GmbH 13,5 Millionen Euro zur Verfügung. Privatwirtschaftlich organisiert kann sie noch besser ihre Aufgaben als Partner der Wirtschaft wahrnehmen. Und das ist für unsere Stadt von immenser Bedeutung. Denn auf Einnahmen aus der Gewerbesteuer sind wir in hohem Maße angewiesen.

Im eigenen Interesse müssen wir damit weiterhin in einen attraktiven Standort investieren, der auch dank intensiver und erfolgreicher Förderung von Start-ups eine große Innovationskraft ausstrahlt. Mir ist es wichtig, solider Partner für Unternehmen vom Start-up bis zum Großkonzern zu sein - und das gelingt uns mit diesem Doppelhaushalt.

Wir senden ein wichtiges Signal der Verlässlichkeit in Richtung Wirtschaft. Ganz wichtig ist: Die Hebesätze aller kommunalen Steuern bleiben stabil.

Ich habe Ihnen jetzt vorgestellt, wie wir in fünf zentralen Themen in den kommenden beiden Jahren deutliche Fortschritte machen werden, meine Damen und Herren. Dadurch werden wir die Vision von einer lebenswerten, weltoffenen,

sozial- und klimagerechten Metropole verwirklichen.

Abschließend möchte ich noch ein Thema hinzufügen: die Modernisierung der Verwaltung. Das ist ja hier und da schon angeklungen. Aber es ist mir wichtig. Mit der Modernisierung der Verwaltung unter dem Motto *#wirdiestadt* werden wir als Dienstleisterin, als Arbeitgeberin und als Partnerin für Politik und Stadtgesellschaft noch professioneller und attraktiver.

Betriebswirtschaftlich gesprochen, steigert unser Reformprozess sowohl unsere Effektivität als auch unsere Effizienz. Mit schlankeren und digitalisierten Prozessen und Dienstleistungen ermöglichen wir einen schnelleren und besseren Service für die Kölnerinnen und Kölner und auch ein zeitgemäßes Arbeiten für die Mitarbeitenden.

Dass das funktioniert, zeigt nicht zuletzt unsere Erfolgsquote von 76 Prozent Erfüllungsgrad der geplanten Projekte, ausführlich beschrieben im Transparenzbericht aus dem ersten Quartal dieses Jahres. Das ist im Vergleich mit anderen Verwaltungen und auch der Wirtschaft ein sehr guter Wert.

Daran knüpfen wir an. Wir werden jeden Tag wirksamer und wirtschaftlicher.

Und wir richten unser Augenmerk darauf, die digitale Transformation voranzutreiben. Dies findet sich in den Budgets quer über die Dezernate wieder.

Meine Damen und Herren, mit diesem Haushaltsplanentwurf sind wir für die erwähnten Herausforderungen hervorragend aufgestellt - und das nicht nur inhaltlich, sondern auch finanziell. Wir haben den konsolidierten Haushalt im Blick und erreichen ihn bereits 2022; so sieht es jedenfalls unser Plan vor.

Und dabei sind auch Sie gefragt, liebe Ratsmitglieder. Ich rufe uns alle daher auf, dieses Ziel mit Blick auf die nachfolgenden Generationen mit Nachdruck zu verfolgen.

Natürlich sind wir als Kommune in besonderem Maße von der konjunkturellen Lage und der Weltwirtschaft abhängig. Hier operieren wir derzeit mit zahlreichen Unbekannten, beispielsweise dem Handelsstreit zwischen den USA und China, dem Brexit und weiteren Einflüssen.

Worauf müssen wir uns also einstellen, und wo haben wir im Haushalt bereits Vorkehrungen für Negativszenarien getroffen? Das und viele weitere Details zur Haushaltsplanung wird Ihnen jetzt

unsere Kämmerin Professor Dr. Diemert erläutern. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen, der FDP und der Ratsgruppe GUT)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin Reker. - Ich übergebe Ihnen die Sitzungsleitung wieder.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Professor Dr. Diemert hat das Wort.

Stadtkämmerin Prof. Dr. Dörte Diemert: Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Am 24. Januar dieses Jahres habe ich in dieser wunderbaren Stadt das Amt der Stadtkämmerin angetreten, und heute, fast genau sieben Monate später, liegt der Entwurf des Doppelhaushalts vor.

(Beifall)

Glauben Sie mir: Er ist ein echtes Schwergewicht. Es sind vier Bände mit insgesamt 2 240 Druckseiten. Da habe ich selbst auch erst einmal gestaunt.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Die wichtigste Botschaft vorweg - die Oberbürgermeisterin hat es schon gesagt; es war wirklich nicht einfach, aber es ist gelungen -: Nach den jetzt vorliegenden Planungen werden wir schon 2022 einen ausgeglichenen Haushalt erreichen können.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

Das ist das Ergebnis vieler schwieriger, aber - es ist mir sehr wichtig, das hier zu betonen - immer konstruktiver Gespräche in den letzten Monaten und - auch das ist ganz wichtig - einer gemeinsamen Kraftanstrengung der Verwaltung in einem - das will ich hier deutlich hervorheben - finanzpolitisch zunehmend schwierigeren Umfeld.

Ich habe ja manchmal im Leben ein besonderes Glück. Auch als ich das letzte Mal hier im Rat vor Ihnen sprechen durfte, stand das Thema KVB-Aufsichtsrat auf der Agenda und hat neben anderen Themen in einer denkwürdigen Ratssitzung im Februar dieses Jahres die Diskussion be-

herrscht. Falls Sie sich trotzdem noch an meine Antrittsrede erinnern, wissen Sie, dass ich Ihnen damals schon in Aussicht gestellt habe, dass es in der Zukunft nicht einfacher werden würde.

Wir haben in den vergangenen Jahren eine einmalige, sehr stabile Wirtschaftslage gepaart mit historisch niedrigen Zinsen erleben dürfen - mit Steuerschätzungen, die sich, wie Sie wissen, ein um das andere Mal mit noch höheren Steigerungsraten überboten. Inzwischen mehren sich hingegen leider die Zeichen einer deutlich spürbaren konjunkturellen Abkühlung. Einige Ökonomen warnen inzwischen sogar vor einer beginnenden Rezession.

Das hinterlässt zwangsläufig auch im Kölner Haushalt sichtbare Spuren. Von den rund 5 Milliarden Euro Erträgen, also dem, was „hereinkommt“, entfallen schließlich rund 3 Milliarden Euro, also 60 Prozent, auf steuerabhängige Quellen.

Dem Vorsichtsprinzip folgend mussten wir daher im Aufstellungsprozess die erwarteten Steuererträge gleich mehrfach nach unten korrigieren. Gegenüber der „alten“ mittelfristigen Finanzplanung, die Sie alle aus dem Haushaltsplan 2019 kennen, bedeutet das unter dem Strich allein bei den drei bedeutenden konjunkturabhängigen Steuerquellen - der Gewerbesteuer, der Einkommensteuer und der Umsatzsteuer - ein jährliches Minus von bis zu 94 Millionen Euro. Diese Lücke galt es im Aufstellungsprozess erst einmal zu schließen.

Trotzdem ist es gelungen, den Haushaltsentwurf erneut und damit zum dritten Mal in Folge so früh vorzulegen, dass wir, wenn alles glattgeht, mit einem rechtzeitig beschlossenen und wirksamen Haushalt in das neue Jahr starten können.

Das war nur möglich, weil die Oberbürgermeisterin und meine Kolleginnen und Kollegen im Verwaltungsvorstand diese Aufgabe gemeinsam gestemmt haben. Für diese Unterstützung und diesen Schulterschluss, der von jeder/jedem Einzelnen auch Zugeständnisse erfordert hat, möchte ich mich bei Ihnen - ich schaue einmal rechts, und ich schaue einmal links - an dieser Stelle ganz ausdrücklich bedanken.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der FDP sowie bei Teilen der CDU)

Sehr geehrte Damen und Herren, wir alle miteinander wissen, dass ein Riesentanker wie die

51. Sitzung vom 28. August 2019 Seite 11

Stadt Köln nicht von jetzt auf gleich umzusteuern ist.

Umso wichtiger ist es, den eingeschlagenen Kurs gegen Haushaltsausgleich weiter zu halten - auch dann, wenn sich, um im Bild zu bleiben, die Wetterbedingungen etwas verschlechtern.

Bei jeder neuen Aufgabe muss gefragt werden, ob sie notwendig ist, wenn ja, in welchem Umfang, und ob dafür an anderer Stelle Einsparungen möglich sind.

Wir alle müssen uns immer wieder vor Augen führen: Aufgaben, die in konjunkturell guten Zeiten beschlossen wurden, müssen auch in konjunkturell schlechteren Zeiten zunächst einmal finanziert werden.

(Beifall bei der FDP und bei Teilen der CDU)

In den letzten Jahren ist das Haushaltsvolumen der Stadt kontinuierlich gewachsen. Mit dem Haushaltsjahr 2020 wird der jährliche Etat der Stadt Köln erstmals die 5-Milliarden-Euro-Marke überschreiten. Wir werden also auch im kommenden Jahr mehr ausgeben als in diesem Jahr.

Mit dem jetzt vorliegenden Haushaltsentwurf ist es jedoch gelungen, diese Entwicklung deutlich abzumildern. Von 2018 nach 2019 beträgt die Steigerung gegenüber dem Vorjahr noch rund 348 Millionen Euro. Für 2020 konnte der jährliche Zuwachs auf 170 Millionen Euro, also die Hälfte, und für 2021 sogar auf rund 82 Millionen Euro und damit fast ein Viertel begrenzt werden.

Auch bei den Jahresergebnissen, also bei dem, was unter dem Strich herauskommt, sind wir auf dem richtigen Weg. Unser aktueller 2019er-Haushalt sieht noch einen Fehlbetrag von rund 137 Millionen Euro vor. Nach unseren Planungen und unter Einbeziehung des Ihnen zeitgleich vorgelegten Veränderungsnachweises gehen wir demgegenüber für 2020, also für das kommende Haushaltsjahr, derzeit „nur“ noch von einem Jahresfehlbetrag von rund 51 Millionen Euro aus. Das entspricht auch „nur“ noch einer Fehlbelegsquote von rund 1 Prozent.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

- Ja, ich finde, dazu kann man applaudieren.

Es kommt aber noch besser: In den Folgejahren kalkulieren wir für 2021, also das zweite Jahr unseres Doppelhaushalts, mit einem Jahresfehlbetrag von rund 29 Millionen Euro. Ab 2022 kommt

dann der Haushaltsausgleich - konkret geplant mit leichten Überschüssen in Höhe von zunächst knapp 7 Millionen Euro und knapp 2 Millionen Euro in den Jahren 2022 und 2023 sowie dann mit etwas stattlicheren 38 Millionen Euro im Jahr 2024.

Mir ist an dieser Stelle ganz wichtig, eines zu betonen: Der ausgeglichene Haushalt, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist kein Selbstzweck. Es geht dabei um sehr viel mehr. Es geht darum, dass wir heute nur das an Ressourcen verbrauchen, was wir auch erwirtschaften - oder, um es umgekehrt auszudrücken, dass wir die Rechnung für das, was wir an Leistungen in Anspruch nehmen, selbst bezahlen und nicht an unsere Kinder und Enkelkinder weiterreichen.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen, der FDP und der AfD)

Es geht also um eine nachhaltige, eine generationengerechte Finanzwirtschaft. Es geht auch - ganz wichtig und nicht zu vergessen - um langfristige finanzielle Spielräume und Handlungsfähigkeit für diese Stadt und die gesamte Stadtgesellschaft in der Zukunft.

Mit dem Haushaltsausgleich ab 2022 soll und kann der stete Eigenkapitalverzehr der letzten Jahre beendet werden. Die Ihnen heute präsentierten Zahlen zeigen: Wir sind auf dem richtigen Weg.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, nun gilt es, diesen Weg auch mit aller Kraft weiterzuführen.

Dazu wird es - das ist unbestritten - weiterhin erheblicher Managementleistungen der Verwaltung bedürfen. Wir sollten daher die mit dem Doppelhaushalt gewonnenen Kapazitäten verwaltungsintern dazu nutzen, frühzeitig und noch intensiver in Aufgabenanalyse und -kritik einzusteigen.

Gefordert ist aber auch die Stadtpolitik. Denn die Budgethoheit, meine Damen und Herren, liegt bei Ihnen, das heißt hier im Rat.

Erinnert sei an dieser Stelle allerdings auch an die Verantwortlichkeiten und Einflüsse außerhalb dieser Stadtgrenzen.

Das Gemeindefinanzierungsgesetz des Landes hat für den Haushalt der Stadt Köln eine wichtige Bedeutung. Nach der jüngsten, vorläufigen Arbeitskreisrechnung können wir in 2020 mit Zuweisungen von insgesamt rund 500 Millionen Euro rechnen. Das sind 10 Prozent unserer Ge-

51. Sitzung vom 28. August 2019 Seite 12

samerträge und bedeutet gegenüber unserer bisherigen mittelfristigen Finanzplanung ein Plus von rund 60 Millionen Euro. Alles in allem ist das also eine sehr gute Nachricht, die uns Anfang August dieses Jahres aus Düsseldorf erreicht hat

(Beifall von Ulrich Breite [FDP])

und die wir mit dem ersten Veränderungsnachweis, der Ihnen vorliegt, berücksichtigt haben. - Entschuldigung, Herr Breite; jetzt!

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

Sie alle miteinander müssen allerdings wissen, dass trotz diverser Gutachten die landespolitischen Verteilungskämpfe rund um das Gemeindefinanzierungsgesetz nicht abreißen. Wir werden diese Diskussionen seitens der Stadt Köln sehr aufmerksam und, wenn notwendig, auch sehr kritisch verfolgen müssen.

Ich denke, es ist in diesem Hause unbestritten, meine sehr geehrten Damen und Herren: Die Belange von Köln als größter NRW-Stadt und als Metropole mit zentralen Versorgungsfunktionen weit über die Stadtgrenzen hinaus müssen auch künftig im GFG angemessen Berücksichtigung finden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Teilen der CDU)

Von unserem 5 Milliarden Euro schweren Etat entfallen rund 2 Milliarden Euro des Gesamtaufwands auf die Produktbereiche Soziale Hilfen sowie Jugend- und Familienhilfe. Seit Jahren sind diese Bereiche von einer starken gesetzlichen, aber auch finanziellen Dynamik geprägt. Umso wichtiger ist es, dass Bund und Land dem Konnexitätsgedanken, also dem Prinzip „Wer bestellt, bezahlt“, gerecht werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der FDP sowie bei Teilen der CDU)

In der Praxis - ich will an dieser Stelle nur einige Themen schlagwortartig anreißen - ist hier leider viel zu oft noch Luft nach oben:

Erstens. Bis heute ist es nicht gelungen, eine angemessene Beteiligung von Bund und Land bei der Finanzierung der Kosten für die sogenannten Geduldeten sicherzustellen.

Zweitens. Überfällig ist auch die landesseitige Anpassung der Kostenerstattungspauschalen nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz.

Drittens. Ab dem Kita-Jahr 2020/2021 soll die Reform des Kinderbildungsgesetzes greifen. Die Aussagen sind, das solle uns nicht viel kosten. Wir wissen derzeit aber noch nicht, welche Mehrbelastungen da tatsächlich auf den Haushalt zukommen werden.

Viertens. Bei der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes rechnet der Landschaftsverband mit höheren Haushaltsbelastungen und steigenden Umlagen. Davon wäre, wie Sie wissen, auch die Stadt Köln betroffen. Der Landschaftsverband hat daher jüngst Verfassungsbeschwerde beim nordrhein-westfälischen Verfassungsgerichtshof erhoben. Es bleibt abzuwarten, wie die Münsteraner Richterinnen und Richter entscheiden werden.

Fünftens. Schließlich stehen weitere Belastungen in Rede, wenn das auf Bundesebene auf den Weg gebrachte Angehörigen-Entlastungsgesetz in Kraft tritt. Auch hier wissen wir noch nicht, was finanziell auf uns zukommt.

Last, but not least: Was passiert bei der Grundsteuer? Im Kölner Haushalt geht es dabei um immerhin rund 235 Millionen Euro jährlich. Diese Steuererträge fließen bislang konjunktur-unabhängig und stellen gerade in wirtschaftlich turbulenten Zeiten eine stete und verlässliche Einnahmequelle dar.

Ich kann daher an dieser Stelle nur erneut an Bund und Länder appellieren, ihrer Verantwortung gerecht zu werden und möglichst schnell Planungssicherheit für die Kommunen, aber auch für die Bürgerinnen und Bürger zu schaffen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN sowie bei Teilen der CDU)

In unserem Haushalt 2020/2021 setzen wir jedenfalls - gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden - darauf, dass das notwendige Reformgesetz zur Grundsteuer bis Ende dieses Jahres stehen wird. Denn nur dann kann die Grundsteuer zunächst in gewohnter Weise erhoben werden, und nur dann haben die Finanzverwaltung und die Kommunen weitere fünf Jahre, längstens aber bis Ende 2024, Zeit, die Reform vor Ort auch in der Praxis umzusetzen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN sowie bei Teilen der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zur Haushaltsehrlichkeit gehört also dazu, dass wir

nicht alle gesetzgeberischen Entwicklungen und nicht alle finanzpolitischen Bedingungen, die unseren Haushalt prägen, zum jetzigen Zeitpunkt sicher voraussagen können.

Auch das Risiko - die Oberbürgermeisterin sprach es an - gravierender wirtschaftlicher Rückschläge aufgrund eines unregelmäßigen Brexits oder eines eskalierenden internationalen Handelskonflikts ist in den derzeitigen Steuer- und Konjunkturprognosen nur ansatzweise berücksichtigt. Uns allen muss daher bewusst sein, dass ein scharfer wirtschaftlicher Abschwung jederzeit und ohne Vorwarnung eintreten kann.

Umso mehr bedarf es einer vorausschauenden, vorsichtigen Planung dort, wo sie möglich ist, um Risiken abzufangen, Handlungsfähigkeit zu sichern und politische Gestaltung und Schwerpunktsetzung auch in der Zukunft zu ermöglichen. Es gilt daher, langfristige Bindungen bei neuen Aufgaben zu vermeiden und vorhandene Haushaltsspielräume zu bewahren und damit zur Erhöhung der Krisenfestigkeit des Haushaltes beizutragen.

Eine der zentralen Herausforderungen der Zukunft wird es auch weiter bleiben, den Investitionsstau der Vergangenheit und damit bestehende Infrastrukturrisiken Schritt für Schritt abzubauen.

Für den jetzt vor Ihnen liegenden Haushalt kann ich festhalten: Finanzwirtschaftlich ist sichergestellt, dass die eingeplanten und für realisierbar erachteten Investitionsprojekte umgesetzt werden können.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der FDP sowie bei Teilen der CDU)

Allein im Kernhaushalt sind für die beiden Haushaltsjahre 2020/2021 Auszahlungen für Investitionen in Höhe von etwas über 1 Milliarde Euro vorgesehen. Und weil ich weiß, dass wir nicht alltäglich mit Milliarden operieren, obwohl wir hier in einer Großstadt mit über 1 Milliarde Einwohner sind

(Heiterkeit)

- Verzeihung; das wäre noch etwas; ehrlich gesagt, kämen wir dann mit dem Schulbau nicht mehr hinterher -: 1 Milliarde Euro sind 1 000 Millionen Euro; nur damit Sie eine Vorstellung haben, was hier tatsächlich bewegt wird - und das, obwohl, wie Sie schon in der Vergangenheit mehrfach gehört haben, viele wichtige Investiti-

onsmaßnahmen nicht im Kernhaushalt, sondern bei Eigenbetrieben oder im weiteren Konzern Stadt veranschlagt sind.

Nicht nur die Verwaltung, sondern der gesamte Konzern Stadt und allen voran der Stadtwerke-Konzern wird im Übrigen auch angesichts des jüngst im Rat ausgerufenen Klimanotstands gefordert sein.

Derzeit trägt der Stadtwerke-Konzern neben der Finanzierung der ÖPNV-Verluste und der öffentlichen Bäder im Rahmen des sogenannten steuerlichen Querverbundes durch jährliche Ausschüttungen in Höhe von rund 50 Millionen Euro zur Entlastung des Haushaltes bei.

Das ist gut und richtig. Denn selbstverständlich sind die Beteiligungsunternehmen aufgefordert, ihren Beitrag zur Entlastung des Haushaltes zu leisten oder, wenn das nicht möglich ist, den Zuschussbedarf zumindest auf das zwingend Notwendige zu begrenzen. Als Kämmerin sage ich an dieser Stelle auch ganz deutlich, dass ich hier an einigen Stellen unseres vielfältigen und weitgefächerten Beteiligungsportfolios im Konzern Stadt durchaus noch Spielräume und Chancen sehe.

Ebenso unabweisbar ist aber auch, dass die Beteiligungsunternehmen gefordert sind, die erforderlichen strategischen Zukunftsinvestitionen anzugehen, und dass es hierfür auch entsprechender finanzieller Spielräume bedarf.

(Beifall bei Teilen der SPD, des Bündnisses 90/Die Grünen und der LINKEN)

Es wird daher eine zentrale Herausforderung in den kommenden Jahren sein, diese Bedarfe miteinander auszuloten und zukunftsgerecht gegeneinander abzuwägen.

In einem ersten Schritt haben wir daher die mit dem Haushalt 2019 zuletzt sehr deutlich angehobenen, ambitionierten Ausschüttungserwartungen an unsere kommunalen Beteiligungsunternehmen, welche zunächst zentral bei den Stadtwerken verortet worden waren und bis 2022 auf über 100 Millionen Euro ansteigen sollten, deutlich zurückgenommen. Gegenüber der bisherigen mittelfristigen Finanzplanung verbleiben hierdurch jährlich rund 25 bis 35 Millionen Euro mehr im weitgefächerten Konzern Stadt.

Auch das, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist eine Form der Risikovorsorge. Auch hiermit schaffen wir Spielräume, um zukünftigen

Herausforderungen im Haushalt begegnen zu können.

(Beifall bei Teilen der SPD, des Bündnisses 90/Die Grünen und der LINKEN)

Sehr geehrte Damen und Herren, der Haushalt dieser Stadt ist nicht nur 5 Milliarden Euro schwer. Er ist auch so vielfältig und bunt wie diese Stadt. Es ist daher in einer kurzen Rede schlicht nicht möglich, die vielen einzelnen, wichtigen Aufgaben- und Themenfelder, die diese Stadt prägen und lebenswert machen, alle angemessen finanzwirtschaftlich zu beleuchten.

Bitte seien Sie gewiss, dass wir es uns als Verwaltung mit diesem Haushalt nicht leicht gemacht haben und dass wir um die besten Lösungen gerungen haben, damit die politischen Schwerpunkte, die die Oberbürgermeisterin in ihrer Rede dargestellt hat - erstens Bildungschancen für alle in einer familienfreundlichen Stadt, zweitens das Megathema „Klimaschutz und Klimaanpassung“, drittens die Mobilitätswende, viertens bezahlbares Wohnen und fünftens das Thema „solide Wirtschaft, attraktiver Standort“ -, auch angemessen im Haushalt abgebildet sind;

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

wohl wissend, dass viele, gerade pflichtige Aufgaben von der Stadt ja nicht infrage gestellt werden können.

Wir haben die Chancen und Risiken des Haushalts abgewogen und, wie ich meine, in ein angemessenes Verhältnis gebracht. Noch steht nicht fest, ob aktuelle Entwicklungen im Steuerbereich, die noch ausstehende finale Modellrechnung des Landes zum GFG oder andere finanzrelevante Punkte einen zweiten Veränderungsnachweis notwendig machen werden.

Ich habe jetzt an mehreren Stellen von „wir“ gesprochen und möchte daher hier all jenen danken, die verwaltungsweit an diesem Haushalt mitgewirkt haben. Haben Sie alle miteinander vielen Dank für Ihre Arbeit und die nicht immer leichten, aber - das sage ich gerne nochmals - immer konstruktiven Gespräche!

Mein ganz besonderer Dank gilt den Kolleginnen und Kollegen aus der Kämmerei. Sie sitzen ganz überwiegend oben auf der Zuschauertribüne; die Amtsleiterin sitzt hier unten. Mein ganz besonderer Dank gilt ihnen.

(Beifall)

Sie haben in umsichtiger, manchmal mühevoller Arbeit und bisweilen bis in die späten Abendstunden und am Wochenende sichergestellt, dass Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren, dieses Zahlenwerk heute vorliegt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der FDP)

Stellvertretend für die vielen denke ich ganz besonders an die Kollegin, die ihren 15. Hochzeitstag bis in die Nacht über Tabellen verbracht hat, damit wir Ihnen heute aussagekräftige und belastbare Daten zur allgemeinen Finanzwirtschaft vorlegen können.

(Beifall)

Ihr Werk, liebe Kolleginnen und Kollegen aus der Kämmerei, kann sich sehen lassen. Sie haben sich unser aller Dank mehr als verdient.

(Beifall)

Jetzt, meine sehr geehrten Ratsfrauen und -herren, sind Sie am Zug. Ich wünsche gute und konstruktive Beratungen und bedanke mich sehr für Ihre Aufmerksamkeit. - Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank.

Dann lasse ich abstimmen. Wie eingangs erläutert, soll die Vorlage zur weiteren Beratung in die Bezirksvertretungen, den Jugendhilfeausschuss, den Integrationsrat und den Finanzausschuss verwiesen werden.

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

1.2 Einbringung des Veränderungsnachweises 1 zum Entwurf des Haushaltsplans 2020/2021 2741/2019

Auch diese Vorlage soll in die Bezirksvertretungen, den Jugendhilfeausschuss, den Integrationsrat und den Finanzausschuss verwiesen werden.

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist auch das so beschlossen. - Vielen Dank, meine Damen und Herren.

Wir kommen zu den nächsten Tagesordnungspunkten.

TOP 2.1.1 ist vertagt.

TOP 2.1.2 ist verwiesen.

Daher rufe ich auf:

3 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Abs. 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Tagesordnungspunkt

3.1 Auslagerung der Schule und Mensa Hauptstraße 432 in 51143 Köln - hier: Baubeschluss „Mensa“ 1652/2019

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Damit ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**3.2 Satzungsbeschluss betreffend die 1. Teilaufhebung des Bebauungsplan-Entwurfes Nr. 75409/02
Arbeitstitel: 1. Teilaufhebung Neue Eiler Straße in Köln-Porz-Eil
2734/2019**

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Die CDU-Fraktion enthält sich. Damit ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**3.3 Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf Nr. 75405/03
Arbeitstitel: Carlebachstraße in Köln-Porz-Eil
2715/2019**

Auch hier handelt es sich um eine Tischvorlage zur Vermeidung einer Dringlichkeitsentscheidung.

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Die CDU-Fraktion enthält sich. Damit ist das so beschlossen.

Meine Damen und Herren, damit haben wir das Ende des öffentlichen Teils erreicht. Ich bitte, die Nichtöffentlichkeit herzustellen, und bedanke mich für Ihr Interesse.

(Schluss: 15.54 Uhr)